

Lesermeinungen zu aktuellen Themen aus dem Kanton Zug

Zum Millionendarlehen für die International School of Zug

Es ist ein Hohn, zu lesen, dass der Regierungsrat des Kantons Zug die International School of Zug (ISZL) mit einem Millionendarlehen unterstützen will. Laut ihm ist die ISZL systemrelevant und spielt eine wichtige Rolle für den Wirtschaftsstandort Zug. Ich frage mich, was Gedanken der Regierungsrat und die Mehrheit des Kantonsrates eigentlich noch für den Wirtschaftsstandort Zug, beziehungsweise für die Expats zu machen? Eine Schule, die fast ausschliesslich von Expats besucht wird, ist nicht systemrelevant.

Wir haben ausgezeichnete öffentliche Schulen und deren Besuch wäre gleichzeitig ein Zeichen der Integration. Die Expats brauchen nicht noch mehr Unterstützung von Seiten der Zuger Politik – sie verfügen nämlich über hervorragende Netzwerke. Über solche könnten sich viele Schweizer Familien und Familien mit Migrationshintergrund nur freuen. Die Kehrseiten dieser unglaublichen Stärkung des Zuger Wirt-

schaftsstandortes sind dermassen spürbar. Wir haben einen unübersehbaren Dichtstress am See, in den Zuger Badis, auf dem Zugerberg, auf den Strassen, im ÖV. Und wie schon Kantonsrat Adrian Risi (SVP) im Schweizer Fernsehen kundgetan hat, hören wir mehrheitlich Englisch. Laut Regierungsrat Tännler beziehen viele Expats ein durchschnittliches Jahreseinkommen. Wie kommt es dann, dass all die schönen, teuren Wohnungen mehrheitlich von Expats besetzt sind und Zugerinnen und Zuger keine bezahlbaren Wohnungen mehr finden? Und für wen ist eigentlich das neu gestaltete Seeufer gedacht? Auch der Campingplatz – eine Ferienoase für weniger gut Verdienende – musste weichen. Was unternimmt der Zuger Regierungsrat, damit die vielen ausländischen Firmen Zuger Arbeitskräfte rekrutieren und auch Arbeitsplätze für Menschen mit Beeinträchtigung anbieten – Integration vor Rente? Es gäbe wohl weit wertvollere und vor allem systemrelevantere Ideen zur Verwendung von Steuergeldern: Pflege- und Betreuungsfachkräfte end-

lich besser wertschätzen und finanziell besserstellen, Schulen wie Brückenangebote besser unterstützen – so dass diese Jugendlichen eine echte Chance auf dem Arbeitsmarkt haben. Ebenso unsere öffentlichen Schulen niederschwelliger unterstützen, damit Chancengerechtigkeit kein Fremdwort bleibt und vor allem finanzierbare Wohnungen für den Mittelstand und Zuger Familien!

Monika Wüest, Zug

Zur Transparenz der Bürgergemeinde Unterägeri

Es ist kaum zu glauben, was man sich als stimmbürgerliches Mitglied der Bürgergemeinde Unterägeri im Jahr 2026 noch bieten lassen muss. Wer wissen will, was an der letzten Bürgergemeindeversammlung vom 11. Mai detailliert protokolliert wurde, wird vom Bürgerrat auf einen «Bittgang» zur Kanzlei verwiesen. Einsicht nur vor Ort – als ob das Internet eine noch nicht erfundene Neumodigkeit wäre! Diese Praxis ist schlichtweg aus der Zeit gefallen.

In einer Ära, in der jede Einwohnergemeinde ihre Protokolle und Vorlagen mit zwei Klicks auf der Website zugänglich macht, verharrt der Bürgerrat Unterägeri in einer behördlichen Arroganz des letzten Jahrhunderts. Arbeitnehmenden, Gewerbetreibenden und auswärts Werkstätigen ist es schlicht nicht zumutbar, während der Bürozeiten auf der Kanzlei vorzusprechen, nur um das demokratische Recht auf Information wahrzunehmen. Auch für uns ältere Mitbürger ist dieser physische Gang eine unnötige Hürde. Besonders stossend: Man versteckt sich hinter einer vermeintlichen Exklusivität, dabei sind diese Versammlungen öffentlich.

Das im Kanton Zug verankerte Öffentlichkeitsprinzip soll staatliches Handeln transparent und überprüfbar machen. Was hier betrieben wird, riecht jedoch verdächtig nach einer absichtlichen Vernebelungs- und Verschleierungstaktik. Der Verweis auf den Datenschutz ist in diesem Kontext nichts weiter als eine faule Ausrede. Wenn die Einwohnergemeinde Unterägeri vorbildlich zeigt, wie digitale

Transparenz funktioniert, warum schafft das die Bürgergemeinde nicht? Will man kritische Augen fernhalten? Hören Sie auf mit dieser Geheimniskrämerei! Die ausführlichen Protokolle gehören ins Netz, damit die demokratische Kontrolle nicht an den Öffnungszeiten der Kanzlei scheitert. Unterstützen Sie die Forderung von mir vollumfänglich: Transparenz ist keine Gefälligkeit des Rates, sondern die Pflicht einer modernen Behörde. Es ist höchste Zeit, dass der Bürgerrat Unterägeri im digitalen Zeitalter ankommt.

Ernst Merz, Oberägeri

Zu Hundekot auf Trottoirs und Spazierwegen

Wer täglich zu Fuss unterwegs ist, kennt das Bild leider nur zu gut: Hundekot am Wegrand, auf Trottoirs oder mitten auf Spazierwegen. Und ehrlich gesagt verstehen wir den Ärger vieler Menschen darüber inzwischen sehr gut.

Was uns besonders beschäftigt: Auch wir sind Hunde-

besitzerinnen. Wir lieben Hunde – aber genau deshalb ärgern wir uns über jene Hundehalterinnen und Hundehalter, die die Hinterlassenschaften ihres Vierbeiners einfach liegen lassen.

Dabei gibt es heute kaum mehr Ausreden. Robidog-Säckli und Abfalleimer stehen praktisch überall zur Verfügung. Umso unverständlicher ist es, wenn trotzdem einfach weitergelaufen wird und andere den Ärger danach haben.

Denn es stört! Kinder treten hinein, Schuhe und Veloreifen werden verschmutzt, man verliert die Freude an Spazierwegen – und am Ende fällt das negative Bild leider auf alle Hundehalterinnen und Hundehalter zurück, auch auf jene, die sich korrekt verhalten.

Wir wünschen uns deshalb ganz einfach etwas mehr Eigenverantwortung und Rücksichtnahme. Der Hund kann schliesslich nichts dafür – verantwortlich ist immer der Mensch am anderen Ende der Leine.

Susanne Michel und Maggi Decrausaz, Baar

Leserbriefe zur Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz»

Zur eidgenössischen Abstimmung vom 14. Juni

Der Bundesrat sprach bei der Abstimmung über die Personenfreizügigkeit von 8000 Zuwanderern pro Jahr. Es kamen zehnmal mehr. Das Volk goutierte das nicht und stimmte der Masseneinwanderungsinitiative zu, obwohl der ganze Mainstream dagegen war. Anstatt den Ball aufzunehmen, unternahm Parlament und Bundesrat nichts, als weiterhin jährlich 80'000 kamen. Seit Einführung der Personenfreizügigkeit sind über zwei Millionen zugewandert und die Auswirkungen überall spürbar: Knappe Wohnungen, hohe Mieten, mehr Stautunden, schrumpfendes Kulturland, höhere Gesundheitskosten, Bildungsrückgang in den Schulen, explodierende Asylkosten, mehr Kriminalität. Man sieht was passiert, wenn wir die Souveränität nur schon in einem einzigen Bereich der EU abtreten. Bundesrat und Parlament ignorieren den Unwillen des Volkes.

Die Schweiz ist nicht allein, ähnliche Beispiele gibt es viele. Die traditionellen Parteien verlieren überall massiv Wähler, weil sie nicht mehr auf sie hören. Die beiden Traditionsparteien Grossbritanniens, die das Land während fast 200 Jahren regierten, liegen noch bei je 10 Prozent und die Protestparteien dominieren. In Deutschland hat die AfD die seit Jahrzehnten dominante CDU überholt. Was lernen die Traditionsparteien der Schweiz wie Mitte und FDP daraus? Nichts! Zwar ist die Basis gespalten aber die Parteispitzen machen einfach weiter wie bisher, wie auch in Deutschland, Grossbritannien und anderswo in Europa. Die EU will weiter expandieren mit den Kandidaten Albanien, Bos-

nien/Herzegowina, Georgien, Moldau, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien (allenfalls noch Ukraine und Türkei) ...und die Türen in die Schweiz bleiben unbeschränkt offen!

Die Befürworter einer exzessiven und die Gegner einer vernünftigen Zuwanderung machen denselben Fehler wie anderswo. Wer Politik mit Blick in den Rückspiegel macht, hat keine Zukunft. Die Angstmacherei vor Vergeltungsmassnahmen der EU und den Folgen einer gemässigten Zuwanderung laufen ins Leere. Jeder vernünftige Bürger merkt, dass etwas in unserem Land aus den Fugen geraten ist. Wir wollen zurück zu massvoller Zuwanderung. Deshalb Ja zur Nachhaltigkeitsinitiative.

Felix Zulauf, Zug

Wir Senioren haben unser Leben lang daran gearbeitet, eine offene und wohlhabende Schweiz aufzubauen. Die Initiative gefährdet das Fundament unseres Wohlstands und unserer sozialen Sicherheit. Wir sagen klar Nein zu dieser kurz-sichtigen Politik der SVP: Unsere Altersvorsorge ist kein starres Gebilde, sondern basiert auf einer funktionierenden Wirtschaft und dem Generationenvertrag. Ein radikaler Zuwanderungsstopp, wie ihn die Initiative faktisch fordert, würde den Fachkräftemangel massiv verschärfen. Wer soll uns in Zukunft pflegen? Wer soll die Dienstleistungen erbringen, auf die wir angewiesen sind, wenn die jungen Arbeitskräfte fehlen? Das Gesundheitswesen ist massiv auf ausländisches Fachpersonal angewiesen. Ohne eine massvolle, bedarfsorientierte Zuwanderung gerät die Finanzierung der AHV und der Pen-

sionskassen ins Wanken, zulasten derer, die heute auf diese Leistungen zählen. Ein strikter Deckel würde die Betreuungsqualität direkt verschlechtern. Die Initiative droht, die Schweiz international zu isolieren. Der seit 25 Jahren erfolgreiche bilaterale Weg mit der EU wäre gefährdet. Für uns bedeutet das nicht nur eine wirtschaftliche Unsicherheit, sondern auch eine potenzielle Verteuerung des Alltags. Wenn die Wirtschaft stagniert, steigen die Kosten für Mieten und Lebenshaltung, während die Renten real an Wert verlieren. Nachhaltigkeit braucht Innovation, moderne Infrastruktur und internationale Zusammenarbeit – nicht Abschottung. Indem man die Zuwanderung als alleinigen Sündenbock hinstellt, entzieht man sich der Verantwortung, echte ökologische Reformen voranzutreiben, die auch künftigen Generationen ein lebenswertes Land hinterlassen.

Lisa Hertig, Mitte 60plus Zug

Im «Club» sagte Ständerätin Petra Gössi, die Nachhaltigkeitsinitiative löse kein einziges Problem. Sie erkennt den Zweck der Initiative: Es geht nicht darum, bestehende Probleme zu lösen, sondern durch eigenständige Steuerung der Zuwanderung künftige Fehlentwicklungen zu verhindern. Die unkontrollierte Massenzuwanderung ist das Ergebnis politischer Untätigkeit der letzten Jahre. Besonders stossend ist, dass das Parlament die 2014 angenommene Masseneinwanderungsinitiative nie konsequent umgesetzt hat. Wer Volksentscheide relativiert oder verwässert, beschädigt das Vertrauen in unsere direkte Demokratie.

Immer wieder wird behauptet, ohne anhaltende Zuwanderung würden im Gesundheitswesen die nötigen Arbeitskräfte fehlen. Doch auch hier wird die vom Volk und den Ständen angenommene Pflegeinitiative nur halbherzig umgesetzt. Statt die Ausbildung und Arbeitsbedingungen im Inland konsequent zu verbessern, setzt man weiterhin auf immer mehr Zuwanderung. Seit 2001 sind rund zwei Millionen Menschen in die Schweiz zugewandert, und trotzdem klagt die Wirtschaft weiterhin über Fachkräftemangel. Das zeigt, dass die heutige Politik der unkontrollierten Zuwanderung die Probleme nicht löst. Gleichzeitig erleben viele Bürger steigende Mieten, überlastete Strassen und einen Verlust an Lebensqualität.

Dennoch behaupten die Gegner der Initiative, nur durch mehr Zuwanderung könne unser Wohlstand gesichert werden. Früher sorgten Kontingente und eine gezielte Steuerung der Zuwanderung für Stabilität. Bis 2003 legten National- und Ständeräte einen ausführlichen Eid ab, in dem sie versprachen, die Rechte des Volkes und die Unabhängigkeit des Landes zu schützen. Heute ist diese Formel stark verkürzt. Entscheidend ist jedoch nicht die Länge eines Eides, sondern dass man ihn ernst nimmt. Ich könnte jedenfalls nicht ruhig schlafen mit dem Wissen, den klar geäusserten Volkswillen nicht konsequent respektiert zu haben. Somit empfiehlt sich am 14. Juni 2026 ein Ja zur Nachhaltigkeitsinitiative.

Philippe J. Zihlmann, Zug

Nachhaltigkeit braucht keine grossen Parolen, sondern alltagstaugliche Lösungen. In der

Diskussion zur «10 Millionen Schweiz» wird oft sehr zugespitzt argumentiert: Die einen sehen nur Probleme, die anderen kaum welche. Die Realität liegt wohl dazwischen. Klar ist: Es gibt Herausforderungen und diese sollten wir pragmatisch angehen. Ein Teil liegt direkt bei uns. Im Verkehr stören wir uns über Stau und volle Züge. Gleichzeitig sitzen viele allein im Auto. Fahrgemeinschaften oder flexiblere Arbeits- und Schulzeiten könnten hier schnell Entlastung bringen, ganz ohne grosse Grundsatzdebatten.

Auch beim Wohnen lohnt sich ein ehrlicher Blick. Wir nutzen heute oft mehr Platz pro Person als früher, was Preise und Nachfrage erhöht. Gleichzeitig können Gemeinden mit klugen Strategien gegensteuern, wie etwa durch gezielte Verdichtung und passende Wohnangebote. Auch die Politik ist gefordert. Themen wie Bildung, Arbeitsmarkt und Fachkräfte bleiben zentral. Viele Bereiche, etwa das Gesundheitswesen, sind auf Zuwanderung angewiesen. Diese fehlen dann aber in Ihrem Herkunftsland und das ist aus meiner Sicht auch nicht fair. Umso wichtiger ist es, im Inland mehr auszubilden und vorhandene Potenziale besser zu nutzen. Auch das Potential an erfahrenen Arbeitskräften über 50, dürfen wir nicht vernachlässigen.

Und schliesslich gehört auch die internationale Perspektive dazu: Die meisten Menschen kommen nicht ohne Grund in die Schweiz. Faire wirtschaftliche Bedingungen für alle, und verantwortungsvoller Konsum sind Teil der Lösung, bei uns sowie auch in den Herkunftsländern. Am Ende geht es um eine Grundsatzfrage:

Wollen wir einfache Antworten, die unseren Wohlstand und unsere Sozialwerke gefährden könnten, oder setzen wir auf konkrete, durchdachte Lösungen? Ich bin überzeugt: Der zweite Weg ist der bessere. Darum ein klares Nein am 14. Juni.

Roger Pitton, Co-Präsident GLP Cham

Die Nachhaltigkeitsinitiative ist längst überfällig. Wir brauchen ein selbstbestimmtes Bevölkerungswachstum statt einer unbegrenzten Zuwanderung. Unser Land stösst an seine Grenzen. Wohnraum fehlt, Mieten explodieren, Verkehr und Infrastruktur sind überlastet. Trotzdem wird weiter so getan, als könne die Schweiz grenzenlos wachsen. Das ist kurzsichtig. Der Ruf nach immer mehr Fachkräften aus dem Ausland greift ebenfalls zu kurz, denn trotz massiver Zuwanderung fehlen diese immer noch. Stattdessen sollten wir in die eigene Ausbildung investieren, unser duales Bildungssystem stärken und die benötigten Fachkräfte selbst ausbilden. Gefragte Berufe müssen mit guten Rahmenbedingungen attraktiv gemacht werden. Geld lässt sich vermehren, die Natur nicht. Wasser, Boden, Energie und Lebensräume sind endlich. Auch Tiere und Pflanzen brauchen Platz. Pro Sekunde wird in der Schweiz rund ein Quadratmeter Grünfläche zubetoniert. Permanentes Wachstum kann kein Zukunftsmodell sein! Nachhaltigkeit heisst Verantwortung übernehmen. Unsere Lebensqualität, Landschaft und Versorgungssicherheit müssen Vorrang haben. Darum sage ich Ja zur Nachhaltigkeitsinitiative.

Brigitte Wenzin Widmer, Kantonsrätin SVP, Cham